

Die EU muss Vertrauen zurückgewinnen

Europas Bürger leiden unter den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der aktuellen Krise. Um das Vertrauen in die Institutionen ist es schlecht bestellt.

Es steht nicht gut um die Stimmung in Europa: Viele Bürger klagen über Zukunftssorgen und Einsamkeit. Das zeigt eine aktuelle Untersuchung der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound), die auf einer Online-Umfrage beruht, an der vom 9. bis 30. April mehr als 85.000 EU-Bürger teilgenommen haben. Die Antworten der Befragten dokumentieren außerdem einen „Rückgang des Vertrauens in die EU und ihre nationalen Regierungen“, so die Studie.

Die Teilnehmer sollten die Stärke ihres Vertrauens in ihre jeweilige Regierung auf einer Skala von 1 bis 10 angeben. Im Schnitt kam dabei gerade einmal ein Wert von 4,8 heraus. Wobei es merkbare Unterschiede zwischen den 27 EU-Ländern gibt: Die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten erreichen die höchsten Werte. So liegt der nationale Durchschnittswert in Finnland und Dänemark über 7, in Schweden bei 6,4. In Deutschland beträgt er 5,9. Frankreich und die meisten südosteuropäischen Staaten kommen auf Werte um 4. Polen bildet mit 2,6 das Schlusslicht.

Noch geringer ist das Vertrauen in die EU. Die Union erreicht lediglich einen Wert von 4,6. Das sei ungewöhnlich, schreiben die Autoren. Denn üblicherweise schneidet die EU bei vergleichbaren Erhebungen besser ab als die einzelnen Regierungen. So war es in einer Eurobarometer-Befragung ein Jahr zuvor.

Damit ist es nun an der EU, die Menschen durch eine wirksame Krisenpolitik zu überzeugen.

Sorgen um die Zukunft

Überall in der EU ist die Lebenszufriedenheit gegenüber früheren Umfragen gesunken. Der Optimismus ist gewichen, die Sorgen um die Zukunft sind gewachsen. Zuversichtlich nach vorn geschaut haben 2016 noch 64 Prozent, im April 2020 waren es nur noch 45 Prozent. Besonders Ältere, Arbeitslose und Selbstständige machen sich Sorgen. 16 Prozent der Beschäftigten befürchteten zum Zeitpunkt der Befragung, in naher Zukunft ihren Job zu verlieren.

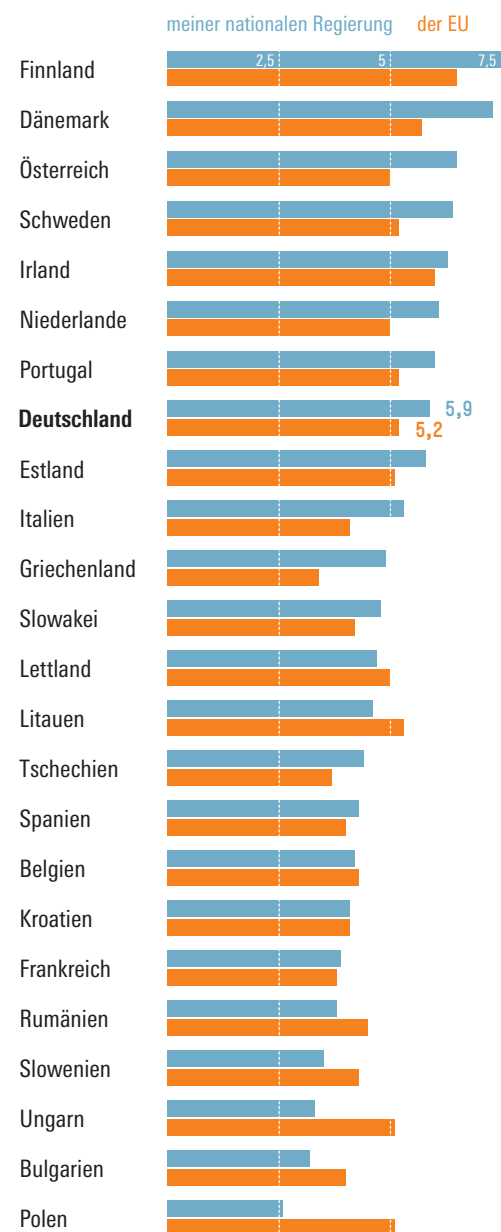
Fast 40 Prozent der Europäer geben an, dass ihre finanzielle Lage schlechter sei als vor der Pandemie. Das ist doppelt so viel wie in einer 2016 durchgeführten Umfrage, in der nur etwa über 20 Prozent der Befragten konstatierten, ihre Situation habe sich zuletzt verschlechtert. Fast die Hälfte sagt, dass ihr Haushalt nicht über die Runden komme, und mehr als die Hälfte gibt an, dass sie ihren Lebensstandard ohne Einkommen nicht länger als drei Monate aufrechterhalten könne.

Einsam im Homeoffice

Die Hälfte der Beschäftigten in der EU berichtete, sie arbeite nun weniger als zuvor. Mehr als ein Drittel arbeitete infolge der Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Corona-Epidemie von zu Hause. In Ländern, in denen viel im Homeoffice gearbeitet wird, fällt der Rückgang der Arbeitszeit geringer aus. Von denen, die ihren Job nun von zu Hause erledigen, arbeitet mehr als ein Viertel nach eigenen Angaben auch in der Freizeit, um die Aufgaben zu schaffen. Beschäftigte mit Kindern berichten häufig von Konzentrationsschwierigkeiten. Andere leiden unter dem Mangel an sozialen Kontakten: 16 Prozent der Europäer – bei den Unter-35-Jährigen sogar 20 Prozent – sagen, sie seien in den vergangenen Wochen meist einsam gewesen. 2016 waren dies nur 6 beziehungsweise 4 Prozent. <

Begrenztes Vertrauen in die EU

„So stark vertraue ich ...“ auf einer Skala von 1 bis 10 ...



Quelle: Eurofound 2020

Hans Böckler
Stiftung

Quelle:
Eurofound: Living, working and COVID-19,
First findings, April 2020, Mai 2020
[Download der Studie](#)

„Die sozialen Grundlagen stärken“

Statt den Märkten den Vorrang zu geben, muss die EU mehr für die Menschen tun. Dazu sind Veränderungen der rechtlichen Statik unumgänglich, erklärt Daniel Seikel vom WSI.

Die Coronakrise hat massive Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und Staatsfinanzen – wie kann Europa wieder aus dem Krisenmodus herauskommen?

Daniel Seikel: Krisen wird es immer geben. Die Frage ist, wie man sich darauf einstellt. Hat man Strukturen, mit denen man gut reagieren kann? Oder verschlimmern die zur Verfügung stehenden Instrumente sogar die Krise? Für die Eurozone wird zentral sein, dass die Fiskalpolitik wieder mehr Luft zum Atmen erhält. Dazu muss das europäische Regelwerk gründlich überarbeitet werden. Andernfalls könnten wir in eine zweite Eurokrise schlittern.

Deutschland übernimmt die Ratspräsidentschaft. Worauf sollte der Fokus liegen?

Es wird vor allem um die Bewältigung der Coronakrise gehen. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss die Einigung auf den nächsten mehrjährigen Haushaltsrahmen der EU vorantreiben, in dem ja auch der vorgeschlagene Recovery Plan angesiedelt werden soll. In diesem Zusammenhang sollte die Bundesregierung die anstehende Überprüfung der Fiskalregeln aufgreifen, um das Regelwerk an die neuen Realitäten anzupassen. Sie sollte auch weiter an der Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte arbeiten, Stichwort europäische Mindestlohnpolitik und europäischer Rechtsrahmen für die Grundsicherung. Ein weiteres wichtiges Thema sind Mindeststandards für die Mitbestimmung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen. Ich hoffe, dass diese Themen wegen der Coronakrise nicht fallen gelassen werden.



MARKTLIBERALEN BESTANDTEILEN DES EUROPÄISCHEN RECHTS DIE ZÄHNE ZIEHEN.

Markt und Wettbewerb haben in der EU meist den Vorrang vor Arbeitnehmerrechten und sozialen Belangen. Wie lässt sich das geraderücken?

Hierfür werden wir um Veränderungen der rechtlichen Statik der EU nicht herumkommen. Ein Ursprung dieses Ungleichgewichts liegt darin, dass es vergleichsweise einfach ist, das Binnenmarktrecht für die Liberalisierung von Märkten zu instrumentalisieren. Für die soziale Regulierung von Märkten hingegen bieten die europäischen Verträge bislang keinen gleichwertigen rechtlichen Hebel. Es wird daher darauf ankommen, den marktliberalen Bestandteilen des europäischen Rechts die Zähne zu ziehen und gleichzeitig die sozialen Grundlagen der EU zu stärken.

Was ist von den bisher geplanten Rettungspaketen auf europäischer Ebene zu halten?

Wenn der von der Kommission vorgeschlagene Recovery Plan umgesetzt wird, dann hätte die EU im Verbund mit der Europäischen Zentralbank (EZB) ein effektives Instrumentarium zur Verfügung. Allerdings dürfen die vorgeschlagenen Finanzhilfen nicht an kontraproduktive Reformauflagen wie Arbeitsmarktderegulierungen oder Sparprogramme geknüpft werden, die die wirtschaftliche Erholung behindern würden.

Wie wahrscheinlich ist es, dass sich die EU-Staaten auf eine gemeinsame Krisenstrategie einigen?

Das lässt sich schwer sagen. Ich habe den Eindruck, dass eine Einigung über einen Wiederaufbaufonds durchaus möglich ist. Das sagt allerdings noch nichts darüber aus, was am Ende unter dieser Überschrift im Detail beschlossen wird. Und auf die Details wird es ganz entscheidend ankommen.

In der Eurokrise musste die EZB als Retter in höchster Not für die Eurozone einspringen. Muss sie das erneut tun?

Ja, daran führt kein Weg vorbei. Das Problem der EZB ist, dass ihr rechtliche Restriktionen auferlegt sind, die andere Zentralbanken so nicht haben. Das führt mitunter dazu, dass die EZB nicht immer den geraden Weg gehen kann, was einige unerwünschte Nebeneffekte mit sich bringen kann. Das hat jüngst auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum PSPP-Programm der EZB gezeigt. Zwar dürfte das Urteil die Handlungsfähigkeit nicht wirklich einschränken, aber die Spannungen zwischen funktionaler Notwendigkeit und dem rechtlichen Spielraum der Notenbank sind nicht zu übersehen.

erlegt sind, die andere Zentralbanken so nicht haben. Das führt mitunter dazu, dass die EZB nicht immer den geraden Weg gehen kann, was einige unerwünschte Nebeneffekte mit sich bringen kann. Das hat jüngst auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum PSPP-Programm der EZB gezeigt. Zwar dürfte das Urteil die Handlungsfähigkeit nicht wirklich einschränken, aber die Spannungen zwischen funktionaler Notwendigkeit und dem rechtlichen Spielraum der Notenbank sind nicht zu übersehen.

Im Moment erscheint vieles möglich, was vorher undenkbar gewesen wäre. Lässt sich die aktuelle Krise auch als Chance begreifen?

Krisen sind zuallererst sehr negative Ereignisse, die große Schäden anrichten und unter denen sehr viele Menschen leiden. Sie legen offen, welche Chancen man in ruhigeren Zeiten vertan hat. Und schließlich würde sich auch die Frage stellen: Eine Chance für wen? Die letzte Krise hat vor allem diejenigen politischen Kräfte gestärkt, die marktliberale Reformen und Sozialstaatskürzungen wollten. Es gibt keine Garantie, dass sich das nicht auch dieses Mal wiederholt. <